



ISRAEL SURVEY

Deutschland 2024

Deutsch-Israelische Beziehungen im Wandel

Europa und der Nahe Osten durchleben eine Zeitenwende. Zwei blutige Konflikte spielen sich in unserer unmittelbaren Nähe ab: der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie der Hamas-Israel-Krieg, ausgelöst durch den terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023. Die Veränderungen sind nicht nur geopolitisch spürbar, sie betreffen auch das gesellschaftliche Klima in Deutschland. Immer häufiger treten antisemitische Ressentiments offen zutage.

Vor diesem Hintergrund hat das European Leadership Network (ELNET) den Israel Survey erneut durchgeführt und 454 Parlamentarier aus 29 Ländern Europas befragt. Die vorliegende Studie beleuchtet die Perspektiven deutscher Abgeordneter aus Bund und Ländern auf die Beziehungen mit Israel. Zudem bietet sie Einblicke in die deutsche Nahostpolitik. Schließlich wird auch die politische Bedeutung jüdischen Lebens in Deutschland untersucht. Die Erkenntnisse sind ein Auftrag zum Handeln.



Carsten Ovens, CEO

Methoden:

Die Erhebung wurde im Zeitraum vom 01.02. bis zum 10.03.2024 online durchgeführt. Dazu wurden Abgeordnete aller Fraktionen per E-Mail eingeladen, mit Ausnahme der AfD.

In Deutschland haben sich insgesamt 185 Abgeordnete an der Umfrage beteiligt, darunter 48 Mitglieder des Bundestags (MdBs) sowie 137 Mitglieder der Landtage (MdLs). Etwa die Hälfte der Parlamentarier hat Israel bereits besucht. Ferner geben 48 Prozent der Teilnehmer an, dass die deutsch-israelischen Beziehungen eine große oder eher große Rolle für ihre politische Arbeit spielen. Etwas mehr als die Hälfte der Abgeordneten steht nach eigenen Angaben regelmäßig im Austausch mit jüdischen Gemeinden in Deutschland.

Limitationen:

Der Israel Survey ist die umfangreichste parlamentarische Analyse der europäisch-israelischen Beziehungen. Gleichwohl kann kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben werden. Einerseits ist dies bedingt durch die aktuelle Zusammensetzung der Teilnehmer, andererseits durch den sich über die Jahre verändernden Kreis der Befragten. Dennoch bieten die vorliegenden Ergebnisse wichtige Indikatoren und Trends für weiterführende Diskussionen.

Executive Summary für Deutschland:

- **Ungebrochener Kooperationswille mit Israel:** 76 Prozent der Parlamentarier bewerten das deutsch-israelische Verhältnis als sehr gut oder eher gut. Dies stellt eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr dar. Dreiviertel sprechen sich für einen Ausbau der Zusammenarbeit aus. Besonders interessiert sind die Abgeordneten an einer Zusammenarbeit im Bereich Neue Technologien.
- **Bewusstsein für die Problematik des (israelbezogenen) Antisemitismus:** 71 Prozent der teilnehmenden Parlamentarier erkennen den israelbezogenen Antisemitismus als ernsthaftes Problem an und fordern von den Regierungen in Bund und Ländern verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen Antisemitismus.
- **Außenpolitische Perspektiven:** Es wird deutlich, dass die Abraham-Abkommen als Instrument für die Friedensbildung zwischen Israel und den Palästinensern gesehen werden. Zudem wird mehrheitlich eine Beteiligung Deutschlands an einem „Abraham-Plan“ für den Wiederaufbau von Gaza befürwortet.
- **UNRWA in der Kritik:** 49 Prozent der deutschen Abgeordneten fordern eine Reform der UNRWA, während 46 Prozent sogar ein Aufgehen der UNRWA in andere UN-Organisationen unterstützen.



Abb. 1

► Geografische Herkunft der teilnehmenden Abgeordneten

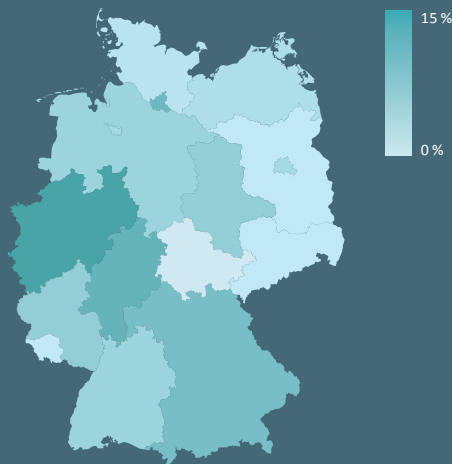
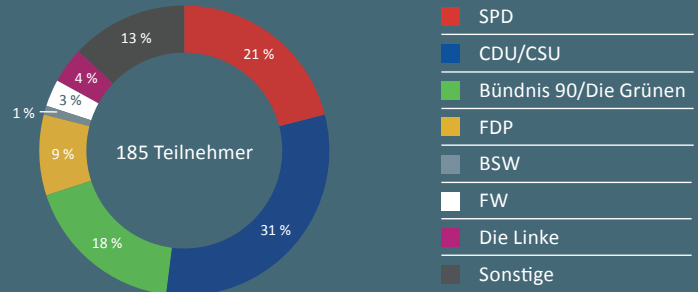


Abb. 2

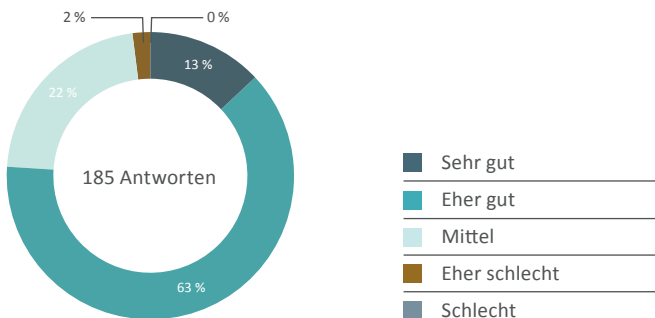
► Parteizugehörigkeit der teilnehmenden Abgeordneten



Bilaterale Beziehungen mit Israel

Abb. 3

► Wie würden Sie das deutsch-israelische Verhältnis aktuell bewerten?



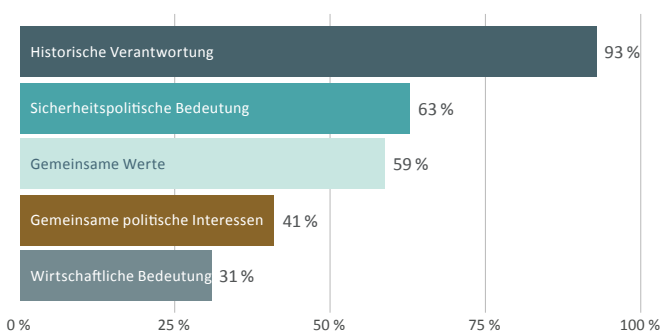
- **76 Prozent** der befragten Abgeordneten bewerten die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland aktuell als sehr gut oder eher gut, was eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr darstellt.
- Im Jahr 2022 bewerteten 87 Prozent der Teilnehmer die Beziehungen als sehr gut oder eher gut. Anfang 2023 sank dieser Wert auf zunächst 66 Prozent.
- Von allen Fraktionen bewerteten die Abgeordneten der FDP die Beziehungen zu Israel am positivsten. Bei den Abgeordneten der Grünen sehen 27 Prozent die Beziehungen zu Israel aktuell als mittelmäßig.

► Haben die Beziehungen zu Israel im Vergleich zu anderen Staaten einen besonderen Stellenwert für Deutschland?

- Mehr als **99 Prozent** der Abgeordneten stimmen dieser Aussage zu.

Abb. 4 (174 Antworten)

► Falls ja, welchen Grund gibt es für diesen besonderen Stellenwert?



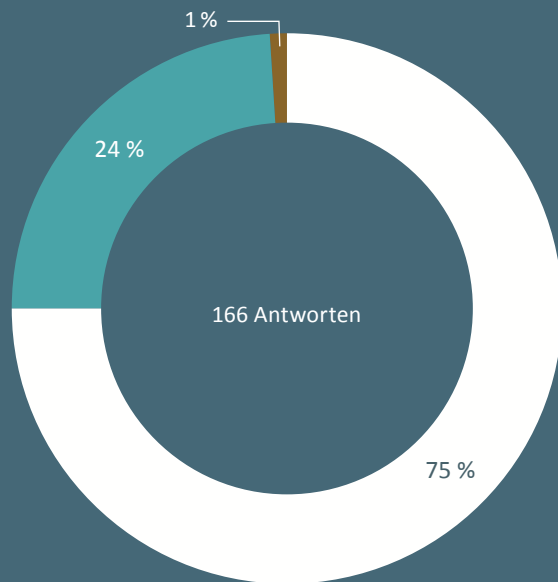
Präferenzen der Abgeordneten (Mehrfachnennung möglich)

- Erneut bewerten die teilnehmenden Parlamentarier am häufigsten die historische Verantwortung Deutschlands als Grund für den besonderen Stellenwert der Beziehungen zu Israel.
- Sicherheitspolitische Interessen rücken auf den zweiten Platz: Gegenüber dem Vorjahr hat die Zustimmung zur Bedeutung von sicherheitspolitischen Interessen als Grund für den besonderen Stellenwert der bilateralen Beziehungen um etwa sieben Prozent zugenommen.

Potential für mehr Zusammenarbeit zwischen Israel und Deutschland

Abb. 5

► **Was würden Sie für die deutsch-israelische Zusammenarbeit empfehlen?**

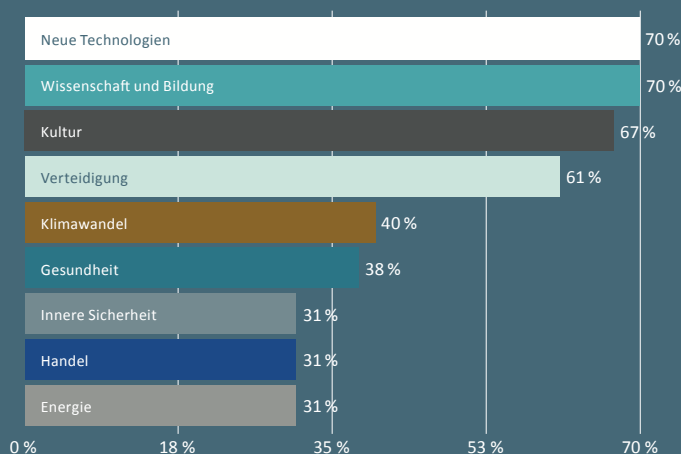


- **75 Prozent** aller teilnehmenden Abgeordneten befürworten eine intensivere Kooperation mit Israel. Lediglich knapp ein Prozent spricht sich für eine Reduzierung der Kooperation aus.
- Der parteipolitische Vergleich offenbart einige Unterschiede: 57 Prozent der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen betrachten den gegenwärtigen Umfang der Kooperation als ausreichend. Bei der SPD vertreten lediglich 31 Prozent der Abgeordneten diese Ansicht, während 67 Prozent eine Intensivierung befürworten.
- Unter den Abgeordneten von FDP und CDU/CSU zeigt sich eine noch ausgeprägtere Präferenz für einen Ausbau der bilateralen Beziehungen: 92 Prozent der Abgeordneten von CDU/CSU und 81 Prozent der FDP-Abgeordneten sprechen sich für eine intensivere Zusammenarbeit aus.

- Es sollte mehr Kooperation zwischen Deutschland und Israel geben.
- Der aktuelle Umfang an Kooperation ist ausreichend.
- Die Kooperation sollte reduziert werden.

Abb. 6 (166 Antworten)

► **In welchen Bereichen wünschen Sie sich eine besonders enge Kooperation mit Israel?**



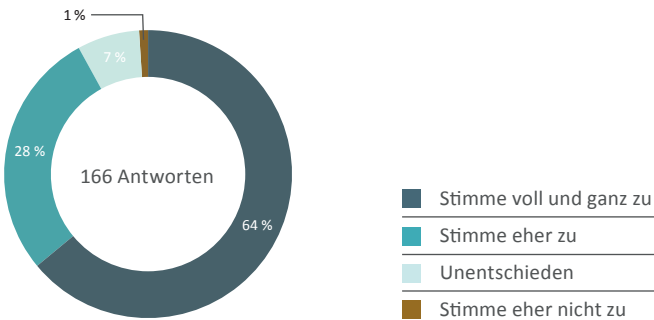
Präferenzen der Abgeordneten (Mehrfachnennung möglich)

- Deutsche Parlamentarier sprechen sich am häufigsten für eine engere Kooperation in den Bereichen Neue Technologien sowie Wissenschaft und Bildung aus.
- Wissenschaft und Bildung wurden auch in den vergangenen Jahren priorisiert. An Bedeutung gewonnen hat im Vergleich zu 2023 dagegen der Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit in Klimaangelegenheiten (Anstieg um 48 Prozent) sowie im Bereich Verteidigung (Anstieg um 14 Prozent).
- Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen nennen den Umweltschutz am häufigsten als bevorzugtes Feld der Kooperation mit Israel (82 Prozent). Abgeordnete der CDU betonen dagegen die Verteidigung (88 Prozent). Parlamentarier der Partei Die Linke (89 Prozent) und der SPD (85 Prozent) sehen derzeit die kulturelle Zusammenarbeit als wichtigstes Thema. FDP-Abgeordnete (87 Prozent) hingegen priorisieren Neue Technologien für die Zusammenarbeit zwischen Israel und Deutschland.
- 67 Prozent der MdBs befürworten insbesondere eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung.
- Für Mitglieder der Landtage steht vor allem die Kooperation im Kulturbereich im Fokus (67 Prozent), während 37 Prozent für mehr Kooperation im Bereich Klimawandel plädieren.
- Jüngere Abgeordnete (18-30 Jahre) favorisieren das Thema Neue Technologien (61 Prozent), während sich ältere Parlamentarier für Verteidigung (71 Prozent) als vorrangiges Kooperationsfeld aussprechen.

Regionale Kooperation

Abb. 7

► **Sollte Deutschland aktiv weitere Abkommen zwischen Israel und arabischen/muslimischen Ländern fördern?**



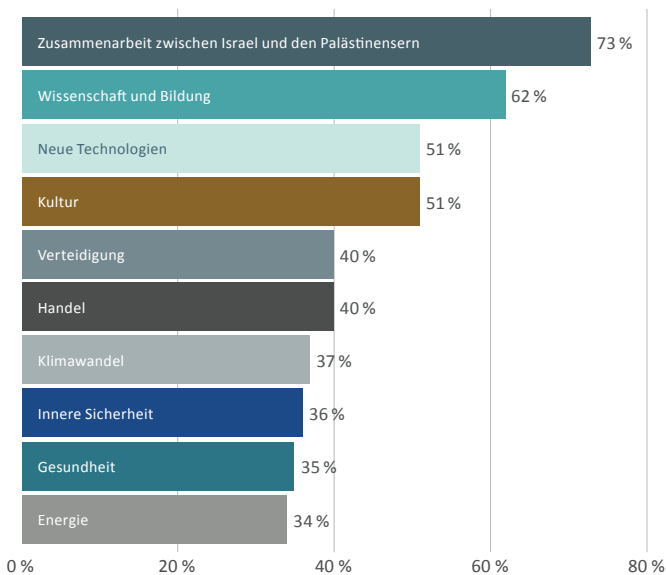
- **92 Prozent** der teilnehmenden deutschen Parlamentarier befürworten die Förderung weiterer Normalisierungsabkommen zwischen Israel und arabischen/muslimischen Ländern.
- Europaweit befürworten 85 Prozent der Abgeordneten entsprechende Normalisierungsabkommen zu fördern.

Informationen zu den Entwicklungen der Abraham-Abkommen finden sich hier



Abb. 8 (166 Antworten)

► **Im Rahmen der Normalisierungsabkommen (Abraham-Abkommen) sollte sich Deutschland insbesondere für folgende Themen engagieren:**

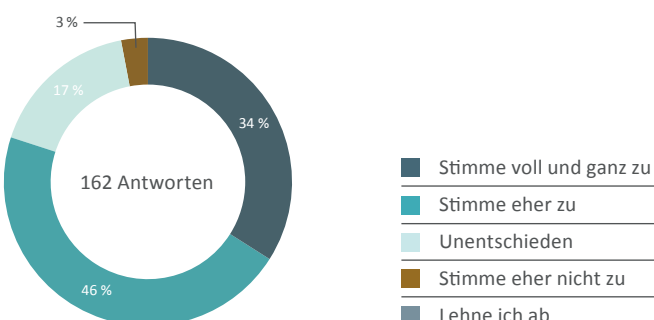


Präferenzen der Abgeordneten (Mehrfachnennung möglich)

- Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Israel und den Palästinensern im Rahmen der Abraham-Abkommen sticht als meistgenanntes Thema hervor. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg um 55 Prozent.
- Im Gegensatz zu den Parlamentariern in Deutschland steht im europaweiten Vergleich die Kooperation zwischen Israel und den Palästinensern im Rahmen der Abraham-Abkommen an dritter Stelle, nach dem Wunsch nach mehr Kooperation in den Bereichen Neue Technologien und Wissenschaft und Bildung.
- Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke geben am häufigsten an, dass sie die Förderung der Kooperation zwischen Israel und den Palästinensern sowie im Bereich Klimawandel als Thema wünschen.
- Bei CDU/CSU stehen Neue Technologien an erster Stelle.
- Parlamentarier der FDP nennen Neue Technologien sowie Wissenschaft und Bildung als häufigste Kooperationsfelder.

Abb. 9

► **Sollten die Abraham-Abkommen angesichts des Krieges zwischen Israel und der Hamas einen Rahmen bieten, um die arabischen Länder in den Friedensprozess einzubinden und den Wiederaufbauprozess im Rahmen eines „Abraham-Plans“ zu unterstützen?**



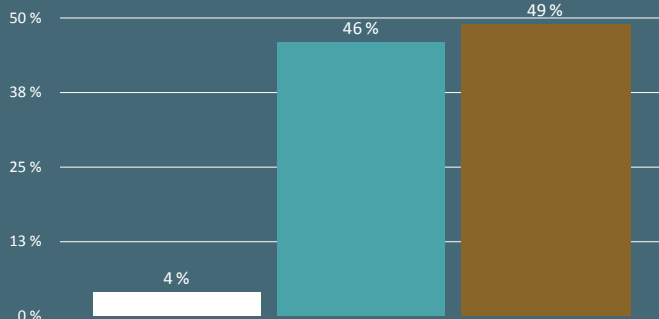
- **80 Prozent** der Abgeordneten (162 Antworten) sehen die Abraham-Abkommen als einen wirksamen Rahmen, um arabische Länder in einen Friedensprozess einzubinden und den Wiederaufbau des Gazastreifens im Sinne eines „Abraham-Plans“ zu unterstützen.

Zudem sind **93 Prozent** der Parlamentarier (147 Antworten), die in der vorhergehenden Frage zustimmten oder unentschieden waren, der Ansicht, dass Deutschland den Wiederaufbau im Gazastreifen sowie den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern aktiv unterstützen und sich daran beteiligen sollte.

Außen- und Sicherheitspolitik

Abb. 10 (162 Antworten)

► **Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Geflüchtete im Nahen Osten (UNRWA) steht seit langem in der Kritik. Welche Maßnahmen sollten mit Blick auf die Zukunft der UNRWA ergriffen werden?**



Präferenzen der Abgeordneten (Mehrfachnennung möglich)

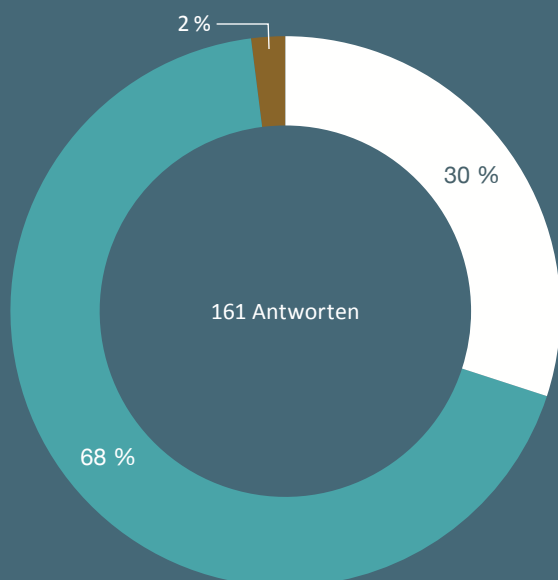
- **96 Prozent** der teilnehmenden Abgeordneten aus Deutschland sehen einen Reformbedarf der UNRWA und sprechen sich für Veränderungen aus.
 - Dabei befürworten 49 Prozent eine Reformierung der UNRWA sowie eine verstärkte Kontrolle ihrer Aktivitäten, während sich 46 Prozent für die Auflösung der UNRWA und ihre Integration in andere UN-Organisationen aussprechen.
 - Der europaweite Vergleich zeigt ähnliche Ergebnisse, obwohl es erhebliche Unterschiede zwischen den Nationen gibt. So sprechen sich beispielsweise über 60 Prozent der Iren gegen Veränderungen der UNRWA aus.
- Keine zusätzlichen Maßnahmen, die aktuellen Auflagen und Kontrollen sind ausreichend.
 - UNRWA sollte aufgelöst und in andere UN-Organisationen eingegliedert werden.
 - UNRWA sollte reformiert und stärker kontrolliert werden.

► **Terrororganisationen wie die Hamas, die Iranische Revolutionsgarde (IRGC), die Hisbollah und der Islamische Dschihad sind im Nahen Osten und zunehmend auch in Europa aktiv. Sollte sich Deutschland stärker im Kampf gegen den radikalen islamistischen Terrorismus einbringen?**

- **91 Prozent** der deutschen Abgeordneten (165 Antworten) sprechen sich dafür aus, dieses Engagement zu verstärken.
- Dies liegt fünf Prozentpunkte über dem europäischen Vergleich. Europaweit sehen 86 Prozent der teilnehmenden Parlamentarier ein stärkeres Engagement gegen den radikalen islamistischen Terrorismus als notwendig.

Abb. 11

► **Der Russisch-Ukrainische Krieg und die neuen Sicherheitsbedrohungen für Europa verleihen der NATO als Europas wichtigstem Verteidigungsbündnis neuen Auftrieb. Sollte die NATO enger mit Israel zusammenarbeiten, um die Verteidigungsfähigkeiten Europas zu verbessern?**



- **68 Prozent** der deutschen Parlamentarier sprechen sich für mehr Kooperation zwischen der NATO und Israel aus. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der europaweiten Befragung.
- Bei Abgeordneten von CDU/CSU gibt es besonders viel Zuspruch (85 Prozent), bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen stimmen etwa 59 Prozent für eine intensivere Zusammenarbeit.
- Insbesondere die Abgeordneten der Partei Die Linke stehen einer weiteren Kooperation mit Israel im Rahmen der NATO kritisch gegenüber: 77 Prozent der Teilnehmer finden, dass die aktuelle NATO-Israel-Kooperation ausreichend ist.
- Unter Bundestagsabgeordneten ist die Zustimmung (74 Prozent) für eine intensivere Kooperation zwischen NATO und Israel um acht Prozentpunkte höher als in den deutschen Landtagen.

- Die Kooperation ist ausreichend.
- Kooperation sollte gesteigert werden.
- Kooperation sollte verringert werden.

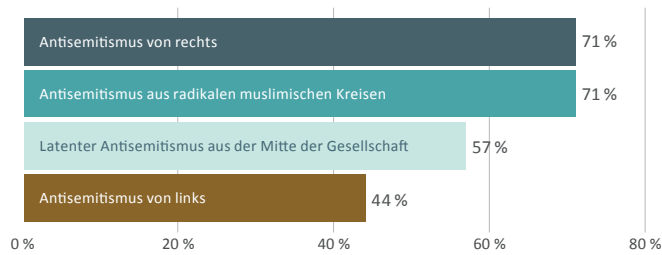
Einblicke und Perspektiven zur Kooperation zwischen Israel und der NATO finden sich hier



Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland

Abb. 12 (166 Antworten)

► Welche Formen des Antisemitismus stellen die größten Bedrohungen in Deutschland dar?

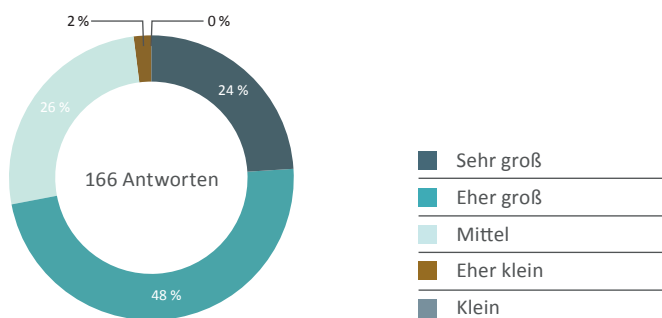


Anteil der Abgeordneten, die zustimmen, dass die jeweiligen Formen von Antisemitismus eine der größten Bedrohungen darstellen. (Mehrfachnennung möglich)

- Abgeordnete sehen Antisemitismus aus radikalen muslimischen Kreisen sowie von rechts (jeweils 71 Prozent) als größte Bedrohungen für jüdisches Leben in Deutschland.
- Abgeordnete von CDU/CSU nennen vorrangig Antisemitismus aus radikalen muslimischen Kreisen (91 Prozent), sowie Antisemitismus von links (69 Prozent). Derweil sehen Parlamentarier von Bündnis 90/ Die Grünen (91 Prozent) und SPD (92 Prozent) vor allem den Antisemitismus von rechts als die größte Bedrohung.
- Abgeordnete, die in sehr engem oder engem Kontakt zu jüdischen Gemeinden stehen, betrachten hauptsächlich den Antisemitismus von rechts als Bedrohung (77 Prozent), dicht gefolgt von Bedrohungen aus radikalen muslimischen Kreisen (73 Prozent).
- Im Vergleich zum vorherigen Jahr sehen deutlich mehr Abgeordnete Antisemitismus von links als Bedrohungen in Deutschland (+10 Prozent).

Abb. 13

► Wie groß ist das Problem des israelbezogenen Antisemitismus in Deutschland?

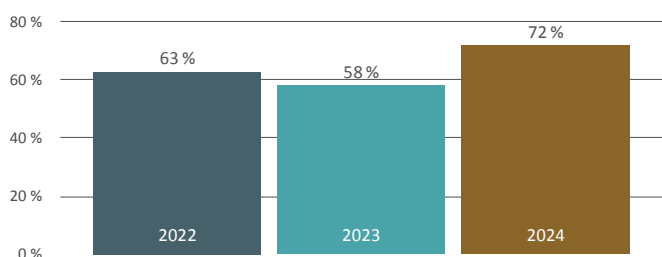


- **72 Prozent** der deutschen Abgeordneten betrachten israelbezogenen Antisemitismus als ein sehr großes oder großes Problem.
- Dies stellt eine wesentliche Steigerung (24 Prozent) im Vergleich zum Jahr 2023 dar. Diese Einschätzung ist parteiübergreifend ähnlich.
- Im europaweiten Vergleich empfinden nur 53 Prozent der Parlamentarier israelbezogenen Antisemitismus als ein großes Problem.

► Sollte die Regierung ihre Anstrengungen im Kampf gegen Antisemitismus verstärken?

Abb. 14

► Israelbezogener Antisemitismus ist ein sehr großes oder eher großes Problem



- **97 Prozent** der Abgeordneten fordern, dass die Regierungen in Bund und Ländern ihren Kampf gegen Antisemitismus verstärken sollten (166 Antworten).
- Parlamentarier aus Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen sprechen sich besonders häufig dafür aus, die Maßnahmen gegen Antisemitismus zu verstärken.
- Auch in anderen untersuchten Ländern sprechen sich die teilnehmenden Abgeordneten für ein stärkeres Engagement gegen Antisemitismus aus. Besonders hoch ist der Zuspruch beispielsweise in Frankreich und in der Türkei.



Das **European Leadership Network (ELNET)** engagiert sich als Denkfabrik und Netzwerk im Kontext der europäisch-israelischen Beziehungen. ELNET wurde 2007 gegründet, arbeitet unabhängig und parteiübergreifend und unterhält heute Büros in Berlin, Brüssel, London, Paris, Rom, Tel Aviv und Warschau. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen auf Außen- und Sicherheitspolitik, Antisemitismus und Innovation.

Akademischer Partner des Israel Survey 2024 ist die Bar-Ilan-Universität (Israel). Zudem beteiligten sich die Konrad-Adenauer-Stiftung (Griechenland und Zypern), das Royal Elcano Institute (Spanien), die Ireland Israel Alliance, die Organisation Med Israel for fred (Norwegen), das Foreign Policy Institute (Türkei) sowie das New Strategy Center (Rumänien).



Impressum

Herausgeber: European Leadership Network (ELNET)
ELNET in Deutschland, Österreich und der Schweiz (DACH):
www.ernet-deutschland.de

Vorsitzender: Hans Thomas Kessler
Beiratsvorsitzende: Brigitte Zypries, Bundesministerin a.D.
CEO (DACH): Carsten Ovens

Analyse: Francesca Fassbender und Carlo Neuhaus
Gestaltung: Am Achten Tag GmbH

© ELNET, 2024. Alle Inhalte (Texte, Bilder und Grafiken) sind urheberrechtlich geschützt. Das Urheberrecht liegt, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei ELNET. Weiterverwendung des Dokuments oder von Teilen desselben für Forschungs- und Bildungszwecke ist nur bei rechtmäßiger Kennzeichnung erlaubt.



Die Europa Edition
des Israel Surveys
finden Sie hier

